

Jan Jägers – Die Linke - Direktkandidat in Forchheim

Deutschland hat das Pariser Klimaabkommen ratifiziert und muss für seine Einhaltung sorgen. Sie kandidieren am 23. Februar als Direktkandidat für den Bundestag.

Unter der Überschrift "1.5" möchten wir Sie bitten, die folgenden Fragen zu beantworten. (Dieses "1.5" finden Sie auch in einigen der nachfolgenden Fragen. Es ist als Hinweis darauf zu verstehen, dass die 1.5°-Grenze in allen Bereichen angestrebt und eingehalten werden muss.)

Franken ist heute bereits 3 Grad wärmer als in der vorindustriellen Zeit. Dies hat aktuell schon gravierende Folgen auf unsere Region. Welchen Maßnahmen würden Sie die höchste Priorität einräumen, um die Klimakrise einzudämmen und Franken lebenswert zu erhalten?

• Was ist ein lebenswerteres Franken? Mehr Firmen mit mehr Managern, die ganz viel Gehalt auf höchster Ebene vereinen? Wir finden nicht. Für uns ist ein lebenswerteres Franken, ein lebenswerteres Bayern und Deutschland ein Land indem die Menschen Zeit und Geld für diejenigen Dinge haben, die sie glücklich machen. Das heißt für uns, dass wir den Wohlstand wieder in die breite Bevölkerung zurückholen wollen. Mehr Zeit für Familie, Lebensträume, Ehrenamt und Hobby, sowie die materiellen Ressourcen sich auch diese leisten zu können. Der Traum von der eigenen Firma, dem Eigenheim, der Wohnung, die nicht den halben Lohn frisst, Urlaub machen zu können ohne die Hälfte davon an die Arbeit denken zu müssen, gute Ernährung, auch mal die/den Partner*in zum Essen ausführen zu können, genug und kostenlose KITA-Plätze, damit auch Zeit für die eigene Verwirklichung bleibt, gute Bildung damit wir unser Potential voll entfalten können, gut bezahlte und glückliche Landwirt*innen, bei denen man weiß woher das Essen kommt, sichere Strom- und Gasversorgung, Krankenhäuser, die gesund machen anstatt mit einem viel Geld verdienen zu wollen und natürlich ein Klima in dem man gut leben kann. Also weiterhin grüne Felder, genug (aber nicht zu viel) Regen, Wälder, die geschützt und erhalten werden und Temperaturen, die es auch erlauben in der Fränkischen wandern gehen zu können.

• Maßnahmen:

• Vermögenssteuer (bestenfalls global)

• Stärkung kleiner und mittelständiger (landwirtschaftlicher) Betriebe

• EE-Ausbau (Investitionen, Subventionen, Anreize) → gleichzeitig Bildung (Nachwuchs- und Innovationsförderung)

• Flächenversiegelung durch schlaue Bau- und Gesellschaftspolitik entgegenwirken (Interkommunale Zusammenarbeit und Finanzierung stärken)

• Besseren und ausgebauten ÖPNV → weniger Individualverkehr = nicht noch mehr Straßen notwendig

• Steuerentlastung für die meisten im Land + Vermögenssteuer + eine Versicherung in die alle einzahlen (auch Abgeordnete und Beamte bspw.) + armutssichere Rente + geringere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich = effizientere Arbeit, glücklichere Menschen, mehr Zeit für Ehrenamt, Wandern, Familie **etc, mehr Geld für ökologischen Einkauf uvm.**

• **Es gibt in der Gesellschaft große Uneinigkeit, wie mit den riesigen Herausforderungen (Klima, Artensterben, etc.) umzugehen ist. Manchen Menschen machen die Entwicklungen Angst und sie wünschen sich schnelleres Handeln, andere fühlen sich überfordert und wissen nicht, ob sie das Notwendige überhaupt leisten können (Heizungstausch, Modernisierung, E- Mobilität, Biolebensmittel etc.). Was muss Ihrer Meinung nach beschleunigt werden und wie wollen Sie die Herausforderungen sozial verträglich gestalten?**

- Umverteilung. Der Wohlstand und das Vermögen ging viel zu lange überwiegend an die bereits Reichen, während der Rest – einschließlich der Mitte – zur Kasse gebeten wird. Wir wollen es der breiten Bevölkerung finanziell auch wieder ermöglichen sich ökologisch verhalten zu können.

- Gleichsam müssen wir uns bewusst sein wer zu aller großen Teilen für die Situation verantwortlich ist.

„Auf Deutschland bezogen verursachte das reichste Prozent der Einwohner 2019 insgesamt 83,3 Tonnen CO2-Emissionen pro Kopf und Jahr. Das ist mehr als 15-mal so viel wie die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung, sie verursachte 5,4 Tonnen CO2-Emissionen pro Kopf und

Jahr.“ (www.tagesschau.de)

- Sozial verträglich heißt, dass nicht die Armen oder der Mittelstand die komplette Last trägt, sondern auch jeder nach seinem Anteil daran mitwirkt. Das bedeutet rein faktisch, dass reichere Menschen sich auch stärker daran beteiligen müssen bzw. manche Privilegien abgeschafft werden müssen wie bspw. **das Dienstwagenprivileg oder Inlandsflüge mit Privatjets.**

- **Klima- und Transformationsfonds (KTF)** ausbauen und jährlich mit 65 Mrd. Euro ausstatten: Investitionen in Batterietechnologien, Energiespeicher, Wasserstoffproduktion für notwendige Anwendungen, Industriestrompreis zur Unterstützung der energieintensiven **Industrie und** ein 20-Mrd.-Euro-Rettungsschirm für Automobilzulieferer.

- Klimaschutzverträge: Förderung klimafreundlicher Technologien für die Um- und **Ausrüstung von Produktionsanlagen**, zusätzlich zu Maßnahmen des Investitionsfonds.

- Europäische Industriepolitik: Die Linke fordert eine Ausweitung der Ausnahmen und Änderungen **im europäischen Beihilferecht**, um sozialökologische Transformation zu ermöglichen.

- Steuergeld nur mit Gegenleistung: Staatliche Hilfen werden an Tarifverträge, Standortverpflichtungen und verbindliche Investitions**pläne gebunden, um ökologische** Transformation, Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.

- Fördermittelrückzahlung: Betriebe, die betriebsbedingte Kündigungen aussprechen, Beschäftigungsvereinbarungen brechen oder Umweltstandards missachten, müssen Hilfen zurückzahlen. **Keine Förderungen für Unternehmen in Steueroasen**, keine Dividendenausschüttungen bei Krisenhilfen.

- Öffentliche Steuerung von Schlüsselbranchen: Gründung von Industriestiftungen und öffentlicher Beteiligung zur gezielten Steuerung des klimafreundlichen Umbaus. Der Bund soll Anteile an wichtigen Unternehmen erwerben, um kritische Infrastruktur wie Raffinerien, Pipelines, Energiespeicher und Häfen vor dem Ausverkauf zu schützen.

- Wir brauchen ein E-Auto, das sich die breite **Masse der Bevölkerung leisten kann. Gleichzeitig muss natürlich die Infrastruktur für diese Menge wachsen.**

Fläche 1.5: Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt derzeit bei 12,4 ha/Tag in Bayern. Das bayerische Ziel, den Flächenverbrauch auf 5 ha/Tag zu begrenzen bzw. auf Netto Null zu bringen, wird damit weiterhin deutlich verfehlt. Zum Flächenbedarf für Siedlungs- und Verkehrsfläche kommt der Bedarf für Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasserhaushalt, Biodiversität hin. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um im Bereich Fläche die 1.5-Grad-Grenze einzuhalten?

- Erstmal wollen wir keine weiteren Autobahnschneißeln durch unsere Felder und Wälder ziehen. Ebenso wenig die Verbreiterung vieler Autobahnen. Das heißt auch, dass wir keine weiteren CSU-Verkehrsminister haben dürfe. Darüber hinaus stehen wir als Partei für massive

Investitionen in Bus und Bahn. Sie sind die ökologischere und sozialere Variante zum Individualverkehr. Dabei darf, aber unmissverständlich die ländliche Region nicht abgehängt werden. Zu viele sind in der Fläche auf das Auto angewiesen ohne anständige Alternative dazu.

- Die Mittel für natürlichen Klimaschutz müssen verdoppelt werden. Damit investieren wir in die Wiederherstellung von Ökosystemen und verbinden Klima- mit Naturschutz. Internationale Arten- und Naturschutzabkommen müssen konsequent umgesetzt werden. Schutzgebiete wie Natura 2000 und Wildnisflächen wollen wir ausweiten: Deutschland gehört in Europa zu den Schlusslichtern bei streng geschützten Flächen. Wir fordern 5 Prozent Wildnisflächen.
- Solange Kommunen gegeneinander konkurrieren und sich um neue Gewerbeflächen bemühen um ihre Haushalte zu verbessern, wird Flächenfraß auch allgegenwärtig bleiben. Daher ist interkommunale Zusammenarbeit und eine Reform der kommunalen Finanzen wichtig.
- Wir wollen anders planen, weg von Flächenfraß und Zersiedelung der Landschaft und hin zu einer Dorf- und Stadtplanung, die Lebensqualität für alle in den Mittelpunkt stellt. Eine Politik, **die im Interesse von Investoren** große Einkaufszentren und Malls fördert, lehnen wir ab. Den Flächenfraßparagrafen 13b BauGB wollen wir **abschaffen**.
- **Vergesellschaftung von Boden:** Kommunen und Genossenschaften sollen günstigen Wohnraum schaffen, statt Flächen an Investoren zu **verkaufen**.
- **Erhalt von Grün- und Landwirtschaftsflächen:** Landwirtschaftlich genutzte Böden und wertvolle Ökosysteme sollen besonders geschützt werden.
- **Reform der Gewerbeansiedlung: Statt großflächiger Industrieparks und Logistikzentren soll die Nutzung bestehender Flächen effizienter gestaltet werden.**

Wasser 1.5: Umfang und Zeitpunkt der Niederschläge verändern sich auch in unserer Region (Tendenz: rückläufige Niederschläge). Gleichzeitig nimmt die Bedrohung und die Schadenshöhe durch Hochwasserereignisse zu. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Sicherheit im Bereich Wasser verbessern (Versorgung, Risikominimierung)?

- Ordentliche Klimapolitik ist ein Punkt.
- Klimaschutz und Klimaanpassung muss als Gemeinschaftsaufgabe definiert werden, damit Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln können. Wir müssen uns jetzt an den Klimawandel anpassen, den Katastrophenschutz massiv aufwerten und investieren, um uns auf Hochwasser, Sturzfluten, Hitzewellen und Dürreperioden vorzubereiten.
- Klimaanpassung und Katastrophenschutz müssen als selbstverständliche Aufgaben der öffentlichen Versorgung definiert werden.
- Ausbau der geplanten und in Teilen nicht umgesetzten Hochwasserschutzanlagen (bspw. Flutpoldern) und Überschwemmungsgebiete. Ein „wir können uns das nicht leisten“ wird es mit uns nicht geben. Es geht hier um das Leben unserer Mitbürger*innen. Daran darf nicht gespart werden, denn oberste Pflicht des Landes ist der Schutz seiner Menschen.
- Unterstützung des THW und anderen Erst- und Katastrophenhilfsorganisationen
- Wir wollen die Landwirtschaft mit einer stärkeren Finanzierung eines Hilfsfonds unterstützen damit kleine und mittlere Betriebe auch bei Extremwettern und Ernteaussfällen überleben können ohne in die Armut zu rutschen. Die Nahrungsversorgung unserer Bevölkerung ist und muss eine Priorität sein.
- Wir wollen viele Flächen entsiegeln und weitere Versiegelung minimieren. Hierfür sind eine Vielzahl von Maßnahmen u.a in der interkommunalen Zusammenarbeit angedacht.

- Klimagerechtigkeit heißt nicht nur sozial verträgliche Klimaschutzmaßnahmen, sondern auch soziale Klimaanpassung. Das heißt Hochwasserschutz, Begrünung der Städte und Hitzeconzepte, Notfallvorbereitung für Extremwettermaßnahmen ausbauen, aber auch Unterstützung anderer **Nationen in ihren Bemühungen und Schutzmaßnahmen. Klimabedingte Fluchtursachen sorgen bereits heute für Migrationsbewegung. Wir wollen helfen, dass Menschen ihr zuhause nicht verlassen müssen.**

Ernährung 1.5: Wie kann Ihrer Meinung nach Ernährung, auch indirekt über Landwirtschaft und Verarbeitung, zum Klimaschutz beitragen?

- Uns ist klar, dass technisch und moralisch gesehen eine vegane Ernährung am ökologischsten bzw. sinnvollsten ist. Wir wollen und können den Menschen dies aber nicht vorschreiben. Dennoch wollen wir Massentierhaltung unterbinden und stattdessen kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe unterstützen. Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass die kleineren und mittleren Einkommen sich auch Tierprodukte noch leisten können, weshalb wir die Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung stärken werden.
- Wir wollen Grundnahrungsmittel steuerlich vergünstigen und Anreize schaffen, um regionale und gesunde Nahrungsmittel zu stärken. Dafür muss aber auch die Kaufkraft der Bevölkerung wachsen, weshalb wir als arbeitnehmer*innennahe und gewerkschaftliche Partei alle Arbeitnehmer*innen unterstützen wollen im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne. Ebenso wollen wir den Mindestlohn EU-konform anheben und armutsfest machen. Nur wer sich keine Sorgen um das Dach über dem **Kopf oder Hunger machen muss, hat auch die Möglichkeit** sich ökologischer zu verhalten.
- Wir wollen auch das Mittagessen an Schulen kostenlos machen. Auch hier gilt regionale und ökologische Produktion vorzuziehen.
- Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen: **Gegen Monopolmacht von Schlachthöfen, Molkereien und Handelskonzernen** braucht es gerechte Lieferbeziehungen, ein starkes Kartellrecht und Preiswächter. Wo nötig, sichern **Mindesterzeugerpreise Landwirt*innen** ab.
- Gute Arbeitsbedingungen und Einkommen: Flächendeckende Tarifverträge mit Mindestlohn und Sozialversicherung auch für Saisonkräfte **in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft.**
- Regionale Wirtschaftskreisläufe: Aufbau regionaler Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten, Förderung regionaler Marketinginitiativen, Bürgerräte und sichere Regionalsiegel.
- Landwirtschaft im Einklang mit der Natur: Schutz **hoher Produktionsstandards vor Importen, die diese unterbieten.** Freihandelsabkommen sind kritisch zu sehen – sie dürfen unsere hohen Standards **nicht torpedieren (siehe Jan van Aken TTIP)**, klare Herkunftskennzeichnung ist nötig.
- Patente auf Leben verbieten, Gentechnik regulieren: Auch moderne Gentechnikverfahren wie die Genschere müssen strengen Regularien unterliegen.
- Glyphosat und Neonicotinoide verbieten: Pflanzenschutzmittel bis 2030 um 50 % **reduzieren. Strenge Zulassungsregeln,** Pestizidreduktionsstrategie und Düngemittelalternativen fördern eine umweltfreundliche Landwirtschaft. Flächengebundene Tierhaltung (**max. 1,5 Großvieheinheiten pro Hektar**) soll Megaställe ersetzen.
- Schutz des bäuerlichen Eigentums: Agrarstrukturgesetz soll gemeinschaftliches und öffentliches Eigentum stärken und Landwirt*innen vor Spekulanten schützen.
- Sozialverträglicher **Umbau der Tierhaltung: Höhere Mindesthaltungsstandards,**

mehr Förderungen für tiergerechte Umbauten, maximal vierstündige Lebendtiertransporte, dezentrale Schlachtung **und strenge Tierschutzkontrollen. Große Fleischfabriken sollen schließen.**

- **Bürokratieabbau in der Landwirtschaft: Hohe Umweltstandards sind wichtig, doch Förderanträge müssen vereinfacht und digitalisiert werden, um Landwirt*innen zu entlasten.**

Wirtschaft 1.5: Es heißt, wir stecken in einer Wirtschaftskrise und Klimaschutz dürfe unser Wirtschaftswachstum nicht gefährden. Unser heutiges Weltwirtschaftssystem setzt ständiges Wachstum voraus. Das Dilemma ist, dass unsere Erde Grenzen hat und dass die Art des jetzigen Wirtschaftswachstums Hauptursache für die Klimaerhitzung ist. Die Klimakatastrophe wird lokal und weltweit immense wirtschaftliche Schäden verursachen und möglicherweise Auslöser für internationale Disruptionen sein. Wie wollen Sie diesem Dilemma begegnen?

- Es ist nur solange ein Dilemma wie wir in neoliberalen kapitalistischen Systemen denken und handeln. Ein unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten entbehrt jeder Logik. Wir wollen das Wirtschaftssystem an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Des Weiteren ist unser Wirtschaftswachstum bereits aufgrund der am längsten regierenden Parteien gefährdet, sprich Union, FDP und SPD, sowie ihrem Sparzwang. Geld, das der Staat investiert, landet im Markt und fördert dort Bau, Produktion und Ausbildung. Da wir kein ressourcenreiches Land sind, sind Investitionen in Bildung und Ausbildung unser bestes Kapital um der Zukunft zu begegnen. Hier braucht es massive Verbesserung. Wir wollen die verpassten Gelegenheiten der Vergangenheit wieder gut machen und in die Erneuerbaren, in Technologie und Infrastruktur investieren. Dadurch werden wir wieder im Technologie- und Chipsektor wettbewerbsfähig und Unternehmen wollen sich wieder hier ansiedeln bzw. in Deutschland investieren.

- Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschneidet die Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden. Der „Europäische Semester-Prozess“ muss so umgebaut werden, dass er öffentliche Investitionen, Arbeitsplatzschaffung und Krisenmanagement fördert. Auch soziale Rechte müssen in der EU unteilbar sein.

- Gleichzeitig müssen wir unsere neokolonialistische Handelspolitik beenden und auf fairer und gleichberechtigter Ebene mit anderen Nationen verhandeln. Dabei dürfen die Handelsabkommen, aber nicht zu Lasten unserer hohen Standards gehen. Siehe dazu Jan van Aken und TTIP. Ebenso dürfen Menschenrechte dadurch nicht untergraben werden. Export ist wichtig, dennoch wollen wir den innerstaatlichen Markt wieder fördern und anstatt nur auf die Kaufkraft des Auslandes zu setzen auch wieder die Kaufkraft unserer eigenen Bevölkerung stärken. Gleichzeitig bedeutet Kapitalakkumulation wie sie von Superreichen wie Klatten, Schwarz oder Musk betrieben wird, dass ein Großteil ihres Geld dem Markt entzogen ruht und eben nicht ausgegeben oder reinvestiert wird. Wer schon alles hat, kann auch irgendwann nichts neues mehr dazukaufen. Bei dem Großteil unserer Bevölkerung hingegen sieht es anders aus. **Gleichzeitig müssen wir als Staat die Monopolkontrolle verbessern, da Monopol- und Oligopolstrukturen zu einer Verzerrung des Marktes und Wettbewerbs führen, die letzten Endes zu Lasten der Bevölkerung führen, da die Preisentwicklung dadurch entkoppelt wird von Angebot und Nachfrage.**

Unbestreitbar nimmt die Erderwärmung zu mit verheerenden Folgen für Menschen, Wirtschaft und Umwelt. Welche globalen und lokalen Maßnahmen sind nach Ihrer Meinung am effektivsten und bezüglich der Ressourcenverwendung am effizientesten?

Ressourcen schonen

Wir verbrauchen weltweit mehr Ressourcen, als unser Planet regenerieren kann. Der Ressourcenabbau stößt an seine natürlichen Grenzen. Grüne Technologien sind Teil des sozialökologischen Umbaus, doch ihre Produktion ist abhängig von Rohstoffen, die in Deutschland **und Europa nicht ausreichend vorhanden sind. Gleichzeitig** steigt der Energieverbrauch für den Abbau dieser Ressourcen. Bergbau findet oft unter nicht akzeptablen Bedingungen für Mensch und Umwelt statt. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die sparsam mit Ressourcen umgeht. Dafür braucht es ein Ressourcenschutzgesetz.

- Kein Bergbau in sensiblen Gebieten: **Naturschutzgebiete, Trinkwasserschutzgebiete** oder die Tiefsee müssen geschützt bleiben. Die lokale Bevölkerung muss bei Bergbauprojekten **beteiligt werden und das Recht** haben, diese abzulehnen – auch beim Lithiumabbau in Sachsen. Umwelt- und Trinkwasserschutz müssen überall garantiert sein.
- Kein „grüner Kolonialismus“: Grüne Technologie darf nicht auf der Ausbeutung von Natur und Menschen im Globalen Süden basieren. Wir fordern ein stärkeres Lieferkettengesetz **mit klaren Haftungsregeln** und Mechanismen für Betroffene sowie soziale und ökologische Standards in Handelsabkommen.

Mehr Kreislaufwirtschaft, weniger Abfälle

Die Rohstoffwende gelingt nur, wenn wir Ressourcen länger nutzen und nach der Nutzung wieder **in die Produktion** einspeisen – das schafft eine Kreislaufwirtschaft. Dafür braucht es **strengere Vorgaben** für Haltbarkeit und Produkte ohne Sollbruchstellen. Reparieren und Wiederverwenden müssen Vorrang haben. Was entsorgt werden muss, soll recycelt werden, um wertvolle Rohstoffe im Kreislauf zu halten.

- Höhere Recyclingquoten und **verbindliche Einsatzquoten** für wiederverwertete Stoffe.
- **Neue Ökodesignvorgaben** und **längere Gewährleistung**: Produkte sollen langlebig sein, Updates und Reparaturen müssen möglich bleiben. Die Gewährleistungsdauer soll sich an der Lebensdauer **der Produkte orientieren und gut sichtbar am Produkt** angegeben werden. Die Beweislastumkehr beim Verbrauchsgüterkauf soll auf zwei Jahre **angehoben** werden.
- **Herstellerverantwortung: Unternehmen müssen** für die Rücknahme, den Transport, die **Wiederaufbereitung oder die Entsorgung ihrer Produkte** zahlen.

Jährlich werden 16 **Millionen Tonnen Abfall aus Deutschland** exportiert, oft in den Globalen Süden, wo sie unter katastrophalen Bedingungen **entsorgt werden**.

- **Müllreduktion durch weitreichende Verbote** für Einwegverpackungen und Abgaben für Hersteller. Einführung eines einheitlichen EU-weiten Pfandsystems für Ein- und Mehrweggetränkeflaschen.
 - **Müllexporte** aus der EU verbieten, insbesondere die illegale **Verschiffung von Elektroschrott (E-Waste)** strenger bekämpfen.
 - Abfallwirtschaft als öffentliche Daseinsvorsorge: Die Entsorgung und Behandlung von Abfällen muss zurück in öffentliche Hand, um soziale und ökologische Standards zu garantieren. Organische Abfälle sollen zuerst zu Biogas vergoren und erst danach kompostiert werden.
 - Private Feuerwerke („Böllern“) reduzieren: Zum Schutz von Mensch, Tier und Natur müssen Feuerwerke eingeschränkt werden. Der Müll, sowie Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Jährlich verletzen sich unzählige Menschen an den Sprengkörpern.
- Stichpunkte:

- Global:
- Bundespolitik:
- Wegwerfverbot von Nahrungsmitteln (für den Handel)
- Wurde schon eingebracht im Bundestag von uns
- FastFashion verbieten
- Ein Lieferkettengesetz, das wirklich vor Kinderarbeit und Ausbeutung schützt. Nur wenn wir mit neokolonialer Handelspolitik brechen und es anderen Nationen dadurch ebenfalls ermöglichen sich Wohlstand aufzubauen, können wir auch erwarten, dass sich jene gemeinsam mit uns um den Schutz des Klimas kümmern.

- Dienstwagenprivileg abschaffen
- Privatjets und deren Inlandsflüge verbieten
- Dafür einsetzen, dass das EU-Parlament nicht ständig umzieht
- Keine Aufrüstungsspirale. Mehr Kriege und Waffen sorgen dafür, dass wir am Ende gar keine Chance mehr haben den Klimawandel abzumildern.
- Lokal:
- Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern
- Kommunale Zusammenarbeit fördern
- Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammen denken
- Bessere finanzielle Mittel für Gemeinschaftsprojekte und Planung (Flächennutzungspläne, Flächenfraß etc)
- Bauernmärkte fördern oder genossenschaftliche landwirt. Supermärkte aufbauen
- Bestehende Ressourcen nutzen
- Leerstand bekämpfen, Sanktionen ausbauen
- AirBnB/Ferienwohnungen und ähnliches in Städten mit problematischem Wohnraum einschränken, um mehr Wohnraum zu schaffen
- Grundsteuer sozialer gestalten etc.etc.etc.